



REICH — UM UMVERTEILEN

Ohne Moos nichts los

Das Bündnis „Reichtum umverteilen“ (Gewerkschaften und Sozialverbände) hat anlässlich der NRW-Landtagswahlen Parteien zu seinen Forderungen befragt.

Das Bündnis fordert von zukünftigen Regierungen, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik durch mehr Investitionen und eine gerechte Steuerpolitik zu entfalten, d.h.

- Finanzstarke Unternehmen und Reiche müssen wieder höhere Beiträge zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten; sehr hohe Einkommen sind stärker zu besteuern; Kapitalerträge dürfen nicht weiter privilegiert werden;
- Steuerbetrug und systematisch geplante Steuerumgehung muss weiter und intensiver bekämpft werden, in Deutschland, der EU und weltweit;
- Eine Vermögenssteuer und eine reformierte Erbschaftssteuer, die Millionäre und Milliardäre angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligt und soziale Ungleichheit abbaut, ist erforderlich.

Im folgenden sind die Antworten der befragten Parteien - in alphabetischer Reihenfolge: CDU; Die Linke; FDP; Grüne; SPD - enthalten.

Von: Guido.Hitze@cdu.nrw [mailto:Guido.Hitze@cdu.nrw]
Gesendet: Mittwoch, 12. April 2017 09:53
Betreff: Reichtum umverteilen - Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2017

Sehr geehrter Herr Foullong,
sehr geehrter Herr Kraft,

auch im Namen von Lutz Lienenkämper MdL danken wir Ihnen für Ihr Schreiben vom 23. März 2017. Herr Lienenkämper bat mich, Ihnen in seinem Namen zu antworten.
Falls Sie weitere Fragen haben, stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

- Die Steuereinnahmen haben sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt. Bis 2021 sollen die Steuereinnahmen bezogen auf den Gesamtstaat nochmals um fast 140.000.000.000 Euro steigen.
Die Steuerquote hat 2015 einen Spitzenwert seit der Wiedervereinigung erreicht, Finanzwissenschaftler rechnen mit einem weiteren Anstieg. Die Steuereinnahmen steigen in Deutschland seit der Wiedervereinigung somit nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung auf Rekordhöhen.
Auf der anderen Seite stehen die finanziellen Herausforderungen: Investitionsstau, Ausbau der Infrastruktur insbesondere der digitalen Infrastruktur, Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit und Bildung. Die Liste kann noch um viele Bereiche ergänzt werden.

Die finanziellen Spielräume, die sich aus den prognostizierten Steuermehreinnahmen ergeben, wollen wir nutzen. Hieraus kann der Ausbau unserer Infrastruktur finanziert und in andere Zukunftsprojekte investieren werden. Ebenso sind Steuersenkungen vor allem für Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen möglich.
Ebenfalls können notwendige Ausgabensteigerungen, zum Beispiel zur Erfüllung unserer außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben, finanziert und die Schuldentilgung in den Blick genommen werden. Mit diesem Dreiklang wollen wir die richtigen Impulse für die Zukunft setzen.

Unabhängig davon sind wir davon überzeugt, dass starke Schultern in unserer Gesellschaft auch mehr tragen müssen. Das wird auch an der Einkommensteuer deutlich, die an das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anknüpft. Die obersten 5 % der Steuerpflichtigen haben 42,2 % des Einkommensteueraufkommens 2016 erbracht. Im Vergleich hatten die unteren 50 % der Steuerpflichtigen einen Anteil von 5,5 %. Auch dieser Vergleich verdeutlicht das Prinzip der Einkommensteuer: Die obersten 25 % der Steuerpflichtigen haben 77,5 % des Einkommensteueraufkommens in 2016 erbracht, allerdings im Vergleich nur einen Anteil von 54,3 % des verfügbaren Einkommens erzielt.

Für die Versteuerung von Kapitalerträgen gilt für uns: Erst wenn die Voraussetzungen für einen gleichmäßigen Steuervollzug durch den flächendeckenden Informationsaustausch vorliegen, kann über die Zukunft der Abgeltungsteuer entschieden werden. Dann wird man sich aber auch Regelungen widmen müssen, um Doppelbesteuerungen – insbesondere bei Dividenden – zu vermeiden.

- Wir stehen für Steuergerechtigkeit. Auch in Zukunft soll jeder einen angemessenen Teil zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Niemand darf sich seiner angemessenen Verantwortung für die Gesellschaft entziehen. Dazu werden wir weiter Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und unsoziale Steuergestaltung bekämpfen. Insbesondere unter der Führung des ehemaligen CDU-Finanzministers Dr. Helmut Linssen hat Nordrhein-Westfalen die erste Steuer-CD erworben. Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und unsozialer Steuergestaltung ist ein ganz wesentlicher Schwerpunkt unserer Steuerpolitik. Die internationalen Initiativen des Bundesfinanzministers in Europa, in der OECD und in der G 20 unterstützen wir.
- Die Umsetzung der Vermögensteuer wäre mit schwerwiegenden Nachteilen verbunden und zudem verfassungsrechtlich heikel. Eine Vermögensteuer würde in die Substanz vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen eingreifen und folglich viele Arbeitsplätze im Mittelstand gefährden. Schließlich gehört zum Vermögen auch Haus- und Grundbesitz, das heißt auch Firmengebäude, Handwerksbetriebe und Werkstätten. Die Mehrbelastungen durch eine Vermögensteuer würden – ähnlich wie es bereits bei der kommunalen Grundsteuer der Fall ist – auch vom Vermieter auf die Mieter überwält. Damit würden gerade Bezieher kleinerer Einkommen wie etwa Rentner, Auszubildende oder Studenten besonders hart getroffen. Das Grund- und Betriebsvermögen aber steuerlich zu verschonen und somit anders als etwa Bar- oder Aktienvermögen zu behandeln, wäre verfassungswidrig. So hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu der damaligen Vermögensteuer ausdrücklich untersagt, Vermögensarten unterschiedlich zu besteuern. Es hat zudem weitere verfassungsrechtliche Anforderungen an eine Vermögensteuer aufgestellt, die hohe Hürden für ihre Wiedereinführung darstellen. Viele Steuerexperten sind daher der Ansicht, dass keine Vermögensteuer realisierbar ist, die einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten würde.
- Die Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 ist auch nicht ersatzlos weggefallen. Zum Ausgleich der Steuerausfälle wurde damals die Grunderwerbsteuer, die beim Erwerb von Grundstücken fällig wird, von 2 auf 3,5 Prozent angehoben. Mittlerweile hat beispielsweise Nordrhein-Westfalen den Steuersatz auf 6,5 Prozent erhöht. Das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer ist in der Folge überproportional gewachsen. Insgesamt wird Vermögen in Deutschland bereits durch Grundsteuer, Grunderwerbsteuer und Erbschaftsteuer belastet.

Die in 2016 nach zähen Verhandlungen verabschiedete Neuregelung der Erbschaftssteuer sichert den Fortbestand der mittelständischen Unternehmen, die in Familienhand sind. Deutschland ist insbesondere deswegen gut durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen, weil Familienunternehmer ihre Verantwortung nicht an der Börse abgeben, sondern selbst wahrnehmen. Familienbetriebe bilden den Kern und das Rückgrat des erfolgreichen Wirtschaftsmodells Deutschland. Viele mittelständische Unternehmen bezahlen nur deshalb keine Erbschaftsteuer, weil sie Arbeitsplätze und damit Einkommen vieler Familien erhalten. Eine höhere Erbschaftsteuer würde dazu führen, dass Unternehmen dann Gelder entzogen würden, die sie für wichtige Zukunftsinvestitionen zum Erhalt ihrer Konkurrenzfähigkeit benötigen. Nur wettbewerbsfähige Unternehmen können Arbeitsplätze langfristig sichern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Guido Hitze

Leiter des Bereichs Politik & Strategie

CDU Nordrhein-Westfalen

Wasserstraße 6

DIE LINKE, Nordrhein-Westfalen, Alt-Pempelfort 15, 40211 Düsseldorf

verdi Bezirk Düsseldorf
Uwe Foullong
Sonnenstr. 14
40227 Düsseldorf

Özlem Alev Demirel

DIE LINKE. NRW

Alt-Pempelfort 15
40211 Düsseldorf

Telefon 0211 / 700 600 00
Telefax 0211 / 700 600 19

E-Mail igs@dielinke-nrw.de

Düsseldorf, den 20. April 2017

Forderungen des Bündnisses „Reichtum umverteilen“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für die Übersendung der Forderungen von ver.di und des Bündnisses „Reichtum umverteilen“. Als Partei DIE LINKE machen wir uns für eine Umverteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums stark. Deshalb unterstützen wir Ihre Forderungen in vollem Umfang.

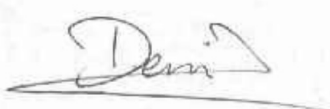
Die Kürzungspolitik der vergangenen Jahre bedeuteten Sozialabbau, Personalabbau und Privatisierungen. Während immer mehr Menschen Existenzängste haben und kaum über den Monat kommen, häufen einige wenige einen absurden Reichtum an.

- Um die öffentlichen Haushalte wieder handlungsfähig zu machen, müssen wir die Einnahmen erhöhen. Wir setzen uns ein für eine stärkere Besteuerung der Superreichen und der Konzerne, bei gleichzeitiger Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. Unser Finanzierungskonzept sieht vor, dass alle mit einem Bruttoeinkommen bis 7.100 Euro im Monat entlastet werden, wer darüber liegt muss mehr zahlen. Der Spitzensteuersatz soll auf 53 Prozent steigen, Kapitalerträge nicht weiter privilegiert werden.
- Wir wollen sicherstellen, dass Reiche, Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen. Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen.
- DIE LINKE fordert eine Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer von fünf Prozent ab einem Vermögen von einer Million Euro. Die Lücken bei der Erbschaftssteuer wollen wir schließen.

Außerdem fordern wir: Unternehmen sollen wieder gerecht am Steueraufkommen beteiligt und die Körperschaftssteuer auf 25 Prozent erhöht werden. Beispielsweise sollen Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro im Jahr nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden dürfen. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden.

Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel, nicht nur anlässlich der Landtags- und Bundestagswahlen, sondern 365 Tage im Jahr. Dabei suchen wir den Schulterschluss mit Gewerkschaften, Bündnissen und Initiativen, unter anderem mit „Reichtum umverteilen“.

Solidarische Grüße



Özlem Alev Demirel
Landessprecherin DIE LINKE. NRW
Spitzenkandidatin DIE LINKE. NRW zu den Landtagswahlen



FDP Landesverband NRW, Sternstr. 44, 40479 Düsseldorf

ver.di-Bezirk Düsseldorf
Herrn Uwe Foullong
stellv. Geschäftsführer
Sonnenstraße 14
40227 Düsseldorf

Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Johannes Vogel
Generalsekretär
Mitglied des FDP-Bundesvorstands

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-51
Fax 0211. 49 70 9-35

johannes.vogel@fdp.de
www.fdp.nrw

Düsseldorf, 11. April 2017

Sehr geehrter Herr Foullong,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. März an den parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, welches er mir weitergeleitet hat. Gerne gehe ich für die Freien Demokraten in NRW auf Ihre Standpunkte ein.

Wir Freie Demokraten sprechen uns für bessere Chancengerechtigkeit aus. Fundament einer solchen Gerechtigkeit ist beste Bildung für alle – von der Kita bis hin zu den Universitäten. In Deutschland ist es jedoch noch ein weiter Weg, bis alle Bildungseinrichtungen qualitativ gestärkt sind.

Die Steuereinnahmen sind seit dem Jahr 2010 um über 160 Milliarden Euro oder über 30 Prozent angestiegen. Insofern sehen wir es als geboten an, insbesondere kleine und mittlere Einkommen, aber auch ganz gezielt junge Familien, zu entlasten. So gehört der Soli fast drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung abgeschafft, der Einkommensteuertarif gehört „auf Räder“, um die kalte Progression endlich abzuschaffen. Ein Steuerfreibetrag bei selbstgenutztem Wohneigentum würde jungen Familien den Erwerb der eigenen vier Wände ermöglichen, was ein wichtiger Baustein gegen Altersarmut ist.

Angesichts der mit hohen Steuereinnahmen und historisch niedrigen Zinsausgaben ausgezeichneten Rahmenbedingungen für die Finanzminister der Länder und des Bundes, lehnen wir höhere Steuern für Bürger und Unternehmen klar ab. Mittlerweile greift der Spitzensteuersatz beim 1,7-fachen des Durchschnittseinkommens der Gruppe der Alleinstehenden. Im Jahr 1958 – bei Einführung des progressiven Tarifs – hatte er erst beim 18-fachen des Durchschnittseinkommens gegriffen. Es hat also schon lange eine Umdefinierung des Begriffs „Spitzenverdiener“ gegeben, eine noch stärkere Belastung ist aus Sicht der Freien Demokraten nicht gerechtfertigt.

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
IBAN: DE83 3007 0024 0612 0026 00
BIC: DEUTDE33

Eine Besteuerung von Vermögen lehnen wir ab. Es wird in Deutschland bereits die Bildung von Vermögen, der Ertrag aus Vermögen und der spätere Verbrauch von Vermögen besteuert. Nur diejenigen mit Vermögen können einer Besteuerung umgehen, die ihr Vermögen nicht nutzen (also weder verbrauchen noch anlegen). Diese Personen verlieren jedoch wegen der (mittlerweile wieder ansteigenden) Inflation ebenfalls Teile ihres Vermögens.

Die kürzlich abgeschlossene Erbschaftsteuerreform hat ihren Namen nicht verdient. Das hochkomplexe Regelwerk ist sicherlich kein Baustein zu mehr Gerechtigkeit und auch nicht zu mehr Rechtssicherheit. Wir Freien Demokraten fordern eine Erbschaftsteuer, die das Sozialstaatsprinzip berücksichtigt – also eine gesamtgesellschaftlich ungewollte Häufung von Vermögen auf wenige allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit – und gleichzeitig Unternehmertum in Deutschland nicht stärker belastet oder gar dessen Existenzgrundlage entzieht. Dies ist durch eine einfache, niedrige und gerechte Erbschaftsteuer zu erreichen, die die Erbmasse oberhalb eines Freibetrages pauschal mit 10 Prozent besteuert, welche dann über zehn Jahre gestundet aufgebracht werden muss und somit insgesamt die Bürger und Wirtschaft nicht stärker belastet als bisher.

Steuerbetrug und systematisch geplante Steuerumgehung muss verhindert werden. Oder anders formuliert: Schluss mit der Steuerfreiheit für Apple, Google, Starbucks und Ikea. Es ist ein Skandal, dass diese Konzerne hier Gewinne erwirtschaften, sich aber an der Finanzierung unseres Gemeinwesens nicht beteiligen. Hier ist sowohl der deutsche Staat als auch die europäische und internationale Gemeinschaft gefragt, endlich eine vernünftige Rechtsgrundlage zu schaffen, um solche Machenschaften zu unterbinden.

Mit freundlichen Grüßen



Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bezirk Düsseldorf - stv. Geschäftsführer
Herrn Uwe Foullong
Sonnenstr. 14
40227 Düsseldorf

Mehrdad Mostofizadeh MdB

Fraktionsvorsitzender

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: +49 (211) 884 - 2037
Fax: +49 (211) 884 - 3503
Mehrdad.mostofizadeh@landtag.nrw.de

Düsseldorf, den 11. April 2017/mm-jh

Ihr Schreiben vom 21. März 2017

Sehr geehrter Herr Foullong, sehr geehrter Herr Kraft,

haben Sie herzlichen Dank für die Zuschrift von ver.di vom 23. März 2017 bezüglich des Bündnisses Reichtum umverteilen. Wie Sie wissen, unterstützen wir GRÜNE Reichtum umverteilen und teilen die Ziele des Bündnisses uneingeschränkt.

Die Vermögensverteilung in Deutschland wird zunehmend ungleicher. Laut Hans-Böckler-Stiftung sind die verfügbaren Einkommen der unteren 40 Prozent seit Anfang der 2000er-Jahre gesunken, während die Einkommenszuwächse der oberen 10 Prozent weit überdurchschnittlich ausfielen. Gleichzeitig nimmt die soziale Mobilität ab und Disparitäten in der Vermögensverteilung verfestigen sich. Aber eine sich verschärfende Vermögenskonzentration und fehlende Aufstiegschancen gefährden unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und werfen strukturelle Machtfragen auf. Sie bedrohen unsere Demokratie, den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Dynamik in unserem Land und geben Fehlinvestitionen und der Bildung von Preisblasen auf den Finanzmärkten Auftrieb. Das treibt uns GRÜNE um.

Doch damit nicht genug. In Deutschland werden große Vermögen und Erbschaften im OECD Vergleich unterdurchschnittlich besteuert. Besonders Vermögende und große Konzerne können flindige Berater bezahlen, welche durch aggressive Steuerplanung Steuerumgehungen fördern, indem sie Steuerschlupflöcher geschickt ausnutzen. Während ehrliche Steuerzahler*innen unser Gemeinwesen mit finanzieren, entziehen sich multinationale Unternehmen, wie etwa Ikea, Starbucks und Apple, durch die Anwendung von Steuersparmodellen einem angemessenen Finanzierungsbeitrag, obwohl sie von Infrastruktur, gut ausgebildeten Fachkräften und der Rechtssicherheit in unserem Land profitieren. Skandale wie Lux-Leaks oder Panama Papers zeugen gar von der Entstehung einer regelrechten Parallelgesellschaft, in der Banken, Unternehmen und Vermögende quasi nach ihren eigenen Regeln wirtschaften. Diese Zustände finden wir untragbar

Wir GRÜNE setzen uns für die sozial-ökologische Transformation unseres Landes ein. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass heute die notwendigen Investitionen in die soziale, ökologische und ökonomische Infrastruktur getätigt werden können, damit eine Umstellung unserer Wirtschaftsstrukturen und Konsummuster gelingen kann. Doch das ist nicht zum Nulltarif zu haben. So ist die Voraussetzung für eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Politik, für welche wir seit unseren Gründungstagen stehen, die auf Investitionen im Bildungs- und Kulturbereich, den Ausbau sozialer Teilhabe und den Schutz natürlicher Ressourcen setzt, eine hinreichende Finanzausstattung, die es ermöglicht, unsere Zielsetzungen auch in die Praxis umzusetzen. Zu dieser Finanzausstattung sollen alle ihren gerechten Beitrag leisten.

Daher unterstützen wir Ihre Forderungen, dass finanzstarke Unternehmen und besonders Vermögende wieder höhere Beiträge zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten müssen und Kapitalerträge nicht weiter privilegiert werden dürfen, ausdrücklich. Wir GRÜNE setzen uns für ein gerechtes und solidarisches Steuersystem ein, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Insbesondere fordern wir, den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer zu erhöhen und gleichzeitig den Spitzensteuersatz für Einkommen über 100.000 Euro herauf zu setzen. Mit diesen Maßnahmen werden kleinere und mittlere Einkommen entlastet, während hohe Einkommen einen größeren Finanzierungsbeitrag leisten müssen. Auch befürworten wir die Abschaffung der Abgeltungssteuer, damit die steuerliche Bevorzugung von Kapitalerträgen endlich beendet wird. Kapitalerträge sollen künftig wieder der individuellen Einkommensteuer unterliegen. Damit machen wir endlich Schluss mit der unfairen und unsolidarischen Praxis, dass Arbeitsinkommen höher besteuert wird, als Kapitalerträge. Darüber hinaus werden wir nicht müde, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene voranzutreiben, um auch die Finanzindustrie an den Investitionen für mehr Gerechtigkeit zu beteiligen.

Das Ziel Steuerbetrug und –umgehung systematisch zu bekämpfen, teilen wir ebenfalls uneingeschränkt. Wir kämpfen sowohl im Land, als auch in Berlin und auf EU-Ebene offensiv gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidungstricks und jedwede Form aggressiver Steuergestaltung. In Nordrhein-Westfalen haben wir auf diesem Gebiet viel erreicht. So wurden unter GRÜNER Regierungsbeteiligung mehr Steuerprüfer*innen eingestellt, die Betriebsprüfungen ausgeweitet und ein untragbares Steuerabkommen mit der Schweiz erfolgreich verhindert. Darüber hinaus haben wir 11 Datenträger mit Hinweisen auf Steuerhinterziehung ankaufte und konnten durch die ausgelösten Selbstanzeigen insgesamt etwa 2,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen generieren. Auf Bundesebene muss die Große Koalition jedoch endlich ihre Blockadehaltung gegen eine umfängliche Umsetzung der 4. EU Geldwäscherichtlinie aufgeben und ein vollständig öffentlich zugängliches Transparenzregister einführen! Wir machen uns zudem für einen europäischen Mindeststeuersatzes für Unternehmen stark. Denn Steuerdumping innerhalb der EU und Lizenzmodelle schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und unserem Mittelstand.

Zu guter Letzt unterstützen wir das Bündnis auch in seinem Werben für eine Vermögenssteuer und eine starke Erbschaftsteuer. Wir GRÜNE wollen die Vermögenssteuer für Superreiche verfassungskonform wieder einführen. Bei der Ausgestaltung soll darauf geachtet werden, dass unternehmerische Investitionsentscheidungen belohnt und Möglichkeiten zur Steuergestaltung vermieden werden. Auch die Erbschaftsteuer möchten wir unter Neuregelung der Verschonungsregeln dauerhaft als Landessteuer stärken, denn Erbschaften tragen dazu bei, dass Ungleichheiten der Vermögensverteilung über die Generationen weiter zunehmen. Menschen mit hohem Einkommen erhalten überdurchschnittlich häufig und in größerem Maße zusätzlich Geld aus Erbschaften und Schenkungen als Menschen mit geringeren Einkünften. Den Erhalt von Arbeitsplätzen haben wir bei der Ausgestaltung im Blick. Die aus einer gerechten Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften resultierenden Mehreinnahmen, sollen ebenfalls zur Entlastung kleiner



Kurzum möchten wir GRÜNE Reichtum umverteilen und machen uns für eine baldige Umsetzung unserer gemeinsamen politischen Anliegen stark!

Mit freundlichen Grüßen



Mehrdad Mostofizadeh
Fraktionsvorsitzender

SPD Landesverband NRW Kavalleriestr. 16 40213 Düsseldorf

Uwe Foullong
Horst Kraft
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
(ver.di)
Bezirk Düsseldorf - stv. Geschäftsführer
Sonnenstr. 14
40227 Düsseldorf

André Stinka MdL
Generalsekretär

Telefon: 0211 - 136 22-217
Telefax: 0211 - 136 22-5217
E-Mail: andre.stinka@spd.de

Düsseldorf, 12. April 2017

Ihr Schreiben vom 23. März 2017

Sehr geehrter Herr Foullong,
sehr geehrter Herr Kraft,

herzlichen Dank für Ihren Brief vom 23. März 2017 und die an uns gerichteten Fragen, die wir Ihnen gerne beantworten.

Im NRW-Plan, dem künftigen Regierungsprogramm der SPD sind alle Ihre Forderungen fest verankert. Gemeinsam stehen wir für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die Abschaffung der steuerlichen Privilegierung von Kapitalerträgen, sowie eine angemessenere Beteiligung von sehr hohen Einkommen zur Finanzierung notwendiger staatlicher Investitionen.

Wir sind bei Ihnen: Die zentralen Zukunftsinvestitionen sind ohne eine stabile und auskömmliche finanzielle Basis für alle staatlichen Ebenen nicht zu schultern. Auch wenn, wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes im Blick haben, müssen wir jetzt investieren: in den Erhalt der Infrastruktur, in den Ausbau und die qualitative Verbesserung der Schulen und Kitas, in kostenfreie Bildung, in den sozialen

Wohnungsbau und in die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen.

Steuerentlastungen nach dem Gießkannenprinzip, die Reiche überproportional entlasten, so wie sie CDU/CSU und FDP im Bund fordern, geben darauf keine Antwort.

Deshalb ist es uns ein Anliegen, kleinere und mittlere Einkommen zielgenau steuerlich zu entlasten. Dies wird aber nur leistbar sein, wenn einerseits der Kampf gegen Steuerbetrug und -vermeidung verstärkt und andererseits besonderes hohe Vermögen und Einkommen stärker zur Finanzierung staatlicher Aufgaben herangezogen werden. Das hat für uns entscheidend mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

Der Kompromiss zu Erbschaftsteuer im Herbst letzten Jahres ist für uns keine abschließende Lösung. Auch hier gilt es nachzubessern. Eine verfassungsfeste Vermögensteuer kann nämlich einen Beitrag dazu leisten, dass die Vermögensungleichheit nicht weiter wächst.

Wie Sie wissen, ist der Kampf gegen Steuerbetrug und -umgehung, national und international, maßgeblich von der SPD-geführten Landesregierung unter Finanzminister Norbert Walter-Borjans vorangetrieben worden. Dass die Steuerfahndung im letzten Jahr alleine mehr als eine Milliarde mehr eingenommen hat, zeigt, dass dieser Weg der richtige ist. Wir werden ihn fortsetzen und Steuerhinterziehung und -umgehung weiterhin entschlossen bekämpfen. Den eingeschlagenen Weg der Modernisierung der Finanzverwaltung werden wir dabei fortsetzen und dabei insbesondere die Betriebsprüfung und Steuerfahndung stärken. Auch den Kampf gegen Geldwäsche werden wir fortsetzen und intensivieren. Wir setzen uns weiter für eine effektive Bekämpfung von Geldwäsche auf Bundesebene ein. Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine Austrocknung von Steueroasen inner- und außerhalb der EU sowie eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir drängen auf die schnelle Umsetzung der völkerrechtlichen Vereinbarungen gegen aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne in nationales Recht, um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch Großunternehmen zu verhindern. Für den Übergangszeitraum benötigen wir adäquate nationale Maßnahmen zur Verhinderung solcher Steuerumgehungspraktiken. Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen ein, die sich an NRW orientieren, wie für eine Verhinderung der Umgehung der Grunderwerbssteuer im großen Stil durch Verkäufe von Grundstücken als Teil von Unternehmensverkäufen. Was für den kleinen Haus- oder Wohnungskäufer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlaufen werden.

Gleichwohl gilt – wie Sie wissen: Für viele dieser Maßnahmen – sei es im Steuerrecht oder bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung - bedarf es gesetzlicher Maßnahmen des Bundes. Solange sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und die Union auf den Standpunkt stellen, es dürfe selbst dann keinerlei Steuererhöhung für hohe Einkommen und Vermögen geben, wenn zugleich untere und mittlere Einkommensgruppen entlastet würden, und nur in Sonntagsreden den Kampf gegen Steuerhinterziehung predigen, sind uns auf der Landesebene oftmals die Hände gebunden. Das wird uns aber auch in Zukunft nicht daran hindern, eine laute Stimme für mehr Gerechtigkeit auch und insbesondere im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik zu sein und unseren Einfluss im Bund geltend zu machen, um zu Fortschritten zu kommen. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden wir mit vollem Einsatz dafür kämpfen, dass ab September eine SPD-geführte Regierung im Bund mit einem Bundeskanzler Martin Schulz den Kampf für mehr Gerechtigkeit aufnehmen kann.

Doch auch unabhängig vom Wahlergebnis im September gilt: Sie können sich unserer Rückdeckung für Ihre Forderungen sicher sein und wir freuen uns darauf, weiter gemeinsam mit Ihnen für mehr Gerechtigkeit und die Finanzierbarkeit von wichtigen Zukunftsinvestitionen zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen



André Stinka
Generalsekretär

.... Soweit die Antworten der befragten Parteien

Zur Bewertung der Antworten möchten wir auf folgendes hinweisen:

- Einige, aber nicht alle Parteien, unterstützen unsere Forderungen nach einer gerechten Steuerpolitik durch eine höhere Besteuerung der superreichen Bürger und ertragsstarken Unternehmen;
- Fast alle Parteien äußern im Wahlkampf Positionen, die bei ihrer Realisierung Geld kosten und nicht mit den vorhandenen Steuereinnahmen zu finanzieren sind.
- Das heißt: Wenn die Superreichen nicht durch angemessene, höhere Steuerbeiträge zur Allgemeinheit beitragen, muss an anderer Stelle gekürzt werden, wenn Parteien ihre Versprechungen realisieren wollen;
- FAZIT: Ohne Moos nichts los! Nur Parteien, die wirklich einen höheren Steuerbeitrag der Superreichen z.B. durch eine Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre einführen sind in der Lage, die vielen Probleme und Missstände zu beseitigen, ohne den Mittelstand, die Arbeitnehmer_innen und Rentner_innen zu belasten.



**Am 14.Mai ist
Landtagswahl!
Wählen gehen!**